

DBA mit CH: Regierung hält an Plänen fest

Kontrovers Während die Regierung an den Plänen für ein DBA mit der Schweiz inklusive Quellensteuer festhält, wurde jenseits des Rheins einmal mehr Widerstand angekündigt.

VON MARTIN HASLER

Wie schon im November-Landtag, stellte FBP-Fraktionssprecher Johannes Kaiser Regierungschef Klaus Tschütscher auch in der Sitzung von vergangener Woche eine Kleine Anfrage zum geplanten Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit der Schweiz. Mit dem DBA werde die Einführung einer Quellensteuer für Grenzgänger aus der Schweiz angestrebt, die Mehreinnahmen von 20 Millionen Franken pro Jahr bringen solle, erklärte Tschütscher in seiner

gestern an die Medien versandten Beantwortung: «Die Regierung hat diesbezüglich einen klaren Beschluss gefasst und die entsprechenden Verhandlungen mit der Schweiz sind aufgenommen worden.» Ein Abschluss sei im kommenden Jahr zu erwarten, so der Regierungschef weiter. Entgegen der Annahme von Johannes Kaiser seien diese Einnahmen jedoch nicht für 2013 veranschlagt, sondern erst in der Finanzplanung für die folgenden Jahre. Ein Inkrafttreten wird frühestens am 1. Januar 2014 erwartet.

Steuerausfälle befürchtet

Bereits nach der Ankündigung dieser Pläne im Frühling 2012 hatte sich in der Region, aus der immerhin 7000 Grenzgänger nach Liechtenstein pendeln, Widerstand geregt. Der Wartauer Gemeindepräsident Beat Tinner sprach damals von erwarteten Steuerausfällen von bis zu

25 Prozent. Im April schliesslich intervenierten Vertreter der Grenzregionen bei einem Treffen mit Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf; in einer Pressemitteilung hiess es damals, sie habe für das Anliegen Verständnis gezeigt und wolle nicht am Ansässigkeitsprinzip bei der Besteuerung rütteln.

«Träumen kann man ja»

Wie aus einem Bericht im «Werdener & Obertoggenburger» von Anfang Dezember hervorgeht, hat sich an dieser Einstellung nichts geändert. Der FDP-Nationalrat Walter Müller kommentierte darin das Festhalten an den Plänen vonseiten des Regierungschefs mit den Worten: «Träumen kann

«Die Regierung hat bezüglich Quellensteuer einen klaren Beschluss gefasst.»

KLAUS TSCHÜTSCHER
REGIERUNGSCHEF

man ja.» Die Ausweitung des Rumpf-Abkommens auf ein DBA gemäss OECD-Standard sei «undenkbar», kündigte Müller an. Er argumentierte, dass den grenznahen Gemeinden und Kantonen hohe Steuerausfälle entstehen würden und dass Liechtenstein ohnehin Vorteile aus dem Zollvertrag mit der Schweiz und insbesondere aus den Grenzgängern ziehe: «Liechtenstein profitiert von unseren Schulen, Strassen, unserer Infrastruktur, unserer Niederlassungsfreiheit als Wohnmöglichkeit für seine qualifizierten Mitarbeiter.» Als vorrangiges Ziel des DBAs sehe Müller die Beseitigung der Doppelbesteuerung der jenseits des Rheins wohnhaften Bezüger liechtensteinerischer AHV-Leistungen.